

Jahresbericht 2008

APG : Jahr 4

Im Juni dieses Jahres haben wir die Zahl von **250 Mitgliedern** erreicht. Wir konnten 2008 ungefähr 50 neue Mitglieder begrüßen. Wir wünschen sie herzlich willkommen und gratulieren ihnen für den Mut, denn das braucht es um den teuflischen Druck der Post zu widerstehen. Dieses Jahr waren wir sehr aktiv an Ort und Stelle und weniger auf juristischem Gebiet was unsere Finanzen etwas erleichterte. Im Jahre 2009 wird sich das sicherlich wieder ändern.

Zahlreiche Infos könnt ihr auf Internetseite lesen: www.sap-ch.org.

Gewerkschaftliche Anerkennung

Wie bei unserer letzten Generalversammlung beschlossen, haben wir eine juristische Intervention unternommen, um die Post zu veranlassen uns zu erkennen. Mit Hilfe unserer Kollegen der Gewerkschaft Waadt Süd hat unser Advokat, Herr Tafelmacher vom Büro Dolivo-Tafelmacher-Iselin, die nötigen Schritte an die Post eingeleitet. Nach deren Weigerung in die Diskussion einzutreten hat unser Advokat den Fall wegen Rechtsverweigerung Mitte Dezember an das Eidgenössische Verwaltungsgericht geleitet. Wir erwarten im Laufe des Jahres 2009 einen Entscheid. Inzwischen werden wir eine Klage ans Zivilgericht wegen Diskriminierung und unlauterem Wettbewerb einreichen. 2009 sollte uns lebenswichtige Entscheide für unsere Zukunft bringen. Wir sind entschlossen bis zum Ende zu kämpfen, koste was es wolle. Wir zählen auf Ihre finanzielle Unterstützung (Beitrag) und das Engagement zur Rekrutierung neuer Mitglieder. Unser Hauptanliegen wird die Anzahl Mitglieder der APG sein. In diesem Sinne schlagen wir der GV vor, den Mitgliederbeitrag 2009 für Neu-Mitglieder auf 50.- zu belassen und für eine Rekrutierung eines Mitglieds Fr 50.- und für zwei Rekrutierungen Fr 100.- zu vergüten.

Postpolitik

Hinsichtlich der postalischen Gesetzgebung sind wir befragt worden. Die Linke und die Gewerkschaften werden grosse Mühe haben einen weiteren Leistungsabbau zu verhindern. An Hand der Tatsache, dass die Post und der Bundesrat den Zahlungsverkehr und andere allgemeine Leistungen ausgrenzen wollen. Wir müssen kämpfen um das Personal im Staatsrecht zu behalten. Betreffend Öffnung des Postmarktes denken wir, dass das Monopol in Kraft bleiben muss um der Post nicht noch einen Vorwand zum weiteren Abbau zu geben, selbst wann damit das Überleben des "Service public" nicht gesichert ist.

Ein weiterer aufwiegelnder Punkt . Die Post rühmt sich einer positiven ECO-Bilanz, verschweigt aber die Tatsache, dass der Konsum von Treibstoff angestiegen ist. Das ist die Folge der Umlagerung des Warentransportes von der Bahn auf die Strasse.

Postauto

Seitdem Postauto eine AG geworden ist, bemerkt das Personal Jahr für Jahr dass sich die Arbeitsbedingungen und Löhne gegenüber dem anderen Postpersonal verschlechtern. Das Personal der Postauto-Unternehmer ist noch schlechter dran.

Poststellen und Verkauf

Die "Zitrone" der Postbüros wird weiter gepresst. Es gibt keinen Saft mehr. In einigen kleinen Büros bleibt nurmehr die Schale. Die Entscheidung der Post ihnen einen Teil der aktuellen Leistungen zu entziehen bestätigt klar den Willen der Post sie maximal auszubluten, um die Schliessung oder Umwandlung in Agenturen zu rechtfertigen. Wir verurteilen diese Agenturen, die mehr Buschbüros als Postbüros gleichen.

Trotz klaren Anweisungen der Direktion gibt es immer noch kleine Chefs die versuchen dem Personal die Überzeit nicht zu vergüten. Jedes Mal wenn wir interveniert haben, haben wir Recht bekommen. Wir erinnern daran, dass alle Überzeit (auch Geldwäscherei-Schulung) kompensiert werden soll.

Postmail

Mit dem Einzug von REMA hat das Zustellpersonal einen grossen Umsturz erlebt. Einige wurden deplaziert und in die Zentren regroupiert, was den Arbeitsweg verlängerte. Diese Regroupierung hat auch mehr Überzeit verursacht. Wir haben Mühe die Strategie der Post zu verstehen.

Eine Zustellregion hatte die schlechte Idee, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Kommunikation und Transfair, dem Zustellpersonal hunderte von Überzeit-Stunden zu streichen. Sie rechneten nicht mit der Entschlossenheit der APG. Nach unserer Intervention hat Postmail dem betroffenen Personal die Stunden wieder gutgeschrieben.

Die Ersetzung des Briefträgers durch ungelernetes Personal provoziert ebenfalls Unannehmlichkeiten. Das Personal der Briefzentren wurde auch deplaziert oder in eine andere, neue Arbeit verwiesen. Einige wurden sogar entlassen. Wenn der Bundesrat Leuenberger behauptet es habe keine Entlassungen gegeben, zeigt er seine Inkompetenz.

Beitrag Solidaritätsfonds

Wir haben von der Post schriftlich das Detail der Zuteilung und der Handhabung des Solidaritätsfonds, von unseren Mitgliedern bezahlt, verlangt. Am 9. Dezember hat man uns mitgeteilt, dass wir kein Anrecht auf diese Informationen haben, da wir den GAV (Kollektivvertrag) nicht unterschrieben haben. Noch ein Fall wo die Gerichte zu entscheiden habe

Verteidigung der Mitglieder und Rechtsschutz

Die Verteidigung der Mitglieder ist die Grundarbeit einer Gewerkschaft. In dieser Hinsicht sind wir froh, die Mitglieder, die vom Arbeitgeber mit Scherereien und Ärger unterworfen wurden, effizient verteidigt zu haben. Wir haben in allen Fällen mindestens teilweise Recht bekommen (Focus, Versetzung, Verwarnung, Kündigung). Wir können es nie genug wiederholen: Man muss kämpfen wenn man das Gefühl hat man sei Opfer einer Ungerechtigkeit. Haltet den Kopf hoch und verlangt unsere Hilfe. Das Personal ohne Post-GAV kann das Arbeitsgericht beanspruchen. Ein Postautochauffeur hat von diesem bereits in einem Fall Gerechtigkeit erhalten.

Wir haben festgestellt, dass die Post gegenüber einem Advokaten viel respektvoller ist. Darum verpflichten wir in den heiklen Fällen immer einen an unserer Seite.

Wir raten Ihnen einer Rechtsschutzversicherung bei Protekta beizutreten, die unseren Mitgliedern einen Vorzugspreis (ab CHF 145.- pro Jahr) gewährt. Das lohnt sich. Kontaktieren sie uns, wenn es sie interessiert.